

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Dezember 1985

# Evangelische Verantwortung

Heft 12/1985

## Gedanken zum Jahreswechsel

Albrecht Martin

### JAHRESLOSUNG '86

**ICH BIN  
DER  
HERR,  
DEIN  
GOTT.  
DU SOLLST KEINE  
ANDEREN GÖTTER  
HABEN NEBEN MIR.**

5. MOSE 5 / 6+7

Liebe Leser!

Nie zuvor konnte man in der Geschichte Mitteleuropas auf 40 Jahre Frieden zurückblicken, wie uns das in diesem Jahr erlaubt war. Aber hat wirklich die Dankbarkeit für dieses angesichts der Verhältnisse in der Welt nie zu erwartende Geschenk im Mittelpunkt gestanden? Freilich – Frieden ist kein absolut sicherer Besitz, Frieden muß immer neu einer friedlosen Welt und unseren friedlosen Herzen abgerungen werden. Aber die Sorge vor der Zukunft darf unsere Dankbarkeit nicht übertönen! Es könnte sonst sein, daß die Herrschaft der Sorge uns blind macht für die praktischen Möglichkeiten, einen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten.

In den Tagen, in denen sich das Ende des Zweiten Weltkrieges zum 40. Mal jährte, besuchte der Präsident der Vereinigten Staaten, Ronald Reagan, die Bundesrepublik Deutschland. Wohl wenige können heute noch die Aufregung begreifen, die sich um die Besuche des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen und des Soldatenfriedhofs Bitburg durch Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl entzündete. „Solange ein Jude dagegen Einspruch erhebt, solange es keine ähnliche Geste der Versöhnung mit Repräsentanten der sowjetischen Regierung gibt, solange ist uns eine Demonstration des Neubeginns, wie in Bitburg geschehen, verboten“ – das wurde mir in Gesprächen während des Kirchentages in Düsseldorf wiederholt entgegengehalten. Ich nahm und nehme diese Bedenken ernst, spricht doch aus ihnen nicht nur das Leiden unter der Schuld, die unser Volk in der Zeit des Nationalsozialismus auf sich geladen hat, sondern auch die Sehnsucht nach einer wirklich und umfassend neuen Welt. Aber in dieser Welt haben wir uns um das zu bemühen, was praktisch

möglich ist, und wir sollten für jedes Zeichen eines gelungenen Schrittes dankbar sein. Viele – und heute mehr als im Mai dieses Jahres – sehen in der Begegnung von Bitburg ein solches Zeichen.

Vor 40 Jahren ging der gerade gewählte Rat der EKD in Stuttgart auf Vertreter aus der Ökumene mit dem Bekenntnis der Schuld zu. Damit wurde ein neuer Anfang gemacht, der auch in den politischen Bereich hinein wirkte. Das konnte und kann freilich nicht so geschehen, daß man mit Hinweis auf solche Schuld und auf dieses Bekenntnis politische Forderungen einklagen könnte; wo das geschieht oder auch nur versucht wird, verfälscht man das, was vor Gott und vor dem Bruder möglich ist, zu politisch nutzbarer billiger Münze. Wer sich aber das Bekenntnis von Stuttgart heute zu eigen macht, der gewinnt die Freiheit zu sehen, daß die Not der Teilung unseres Landes, das Leiden der Vertriebenen vor 40 Jahren in einem Zusammenhang stehen mit dem von Deutschland entfesselten Krieg von 1939 und dem, was an Schrecklichem in deutschem Namen geschah.

Vor 20 Jahren wurde die Denkschrift der EKD über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ (Ostdenkschrift) veröffentlicht. Ihre Bedeutung wird nicht verkannt, auch nicht von denen, die bis heute nicht jede einzelne Feststellung oder Forderung dieser Denkschrift für richtig halten. Auch muß man heute wohl schon unterscheiden zwischen der Denkschrift und ihrer Rezeption.

Denn was doch wohl als Hinweis auf die Notwendigkeit gemeint war, im Verhältnis zum polnischen Nachbarn einen Neuanfang zu wagen und die großen Fragen auch mit den Augen eines Polen zu sehen, das wurde zum bis in alle Einzelheiten festliegenden politischen Programm, das durch eine gleichsam kirchliche Grundlegung jeder Kritik entzogen wurde. Wer Kritik übte, also z. B. fragte, ob man wirklich völlig auf den Hinweis verzichten könne, daß Polen heute eben nicht unter einer freiheitlichen Ordnung lebe und daß dies zwar nicht für unser Verhältnis zum polnischen Volk, wohl aber für die Gestaltung der politischen Beziehungen von Bedeutung sei, der galt vielen als Feind von Frieden und Versöhnung. Erst kürzlich begegnete ich bei einer Podiumsdiskussion der Ansicht, daß die Ostdenkschrift der Versuch gewesen sei, eine unmittelbar aus dem Hören auf das Evangelium sich ergebende Politik zu konzipieren; bis heute sei das Verhältnis weiter Teile der evangelischen Kirche zu den Unionsparteien durch deren kritische Haltung zu einer auf die Ostdenkschrift sich berufenden Entspannungspolitik der damaligen Regierung belastet. Das mag so sein, aber dann ist doch die Frage erlaubt, auf welcher Seite das richtigere Verständnis vom Wesen einer Politik ist, deren Träger sich bemühen, aus der Verantwortung eines Christen zu handeln.

Die gleiche Frage stellte sich mir und vielen anderen, als die Unterzeichner der „Düsseldorfer Erklärung“ während des Kirchentages die Unterstützung

eines „Konzils des Friedens“ mit der Ablehnung der Abschreckungskonzeption unter Einbeziehung nuklearer Waffen als „nicht mit dem christlichen Glauben zu vereinbaren“ verbanden. Was vor 26 Jahren aufgrund sorgfältiger Analyse der politischen Lage als „eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise“ anerkannt wurde, nämlich einen Frieden in Freiheit durch das Dasein von Atomwaffen zu sichern (Heidelberger These 8), das soll heute nicht mit dem christlichen Glauben zu vereinbaren sein? Wohlgemerkt, es geht nicht darum, ob die Konzeption der Abschreckung möglicherweise überholt ist, sondern es geht darum, daß vom Bekenntnis her eine politische Entscheidung, die Frieden in Freiheit sichern will, als unzulässig bezeichnet wird. Wie gewinnt man Maßstäbe, um zu entscheiden, wann eine mögliche Haltung zur christlich nicht verantwortbaren wird? Es stehen ja nicht Friedensbereitschaft und Gewalt gegeneinander, sondern es geht um die Frage auf welchem Weg man den Frieden in Freiheit sichert und erhält. Also auch hier: ergeben sich aus dem Bekenntnis zu Jesus Christus konsequent bestimmte Wege, um das vom Wort Gebotene zu erreichen?

Diese Fragen sind für unser Zusammenleben in Kirche und Staat bedeutungsvoll, nicht zuletzt deshalb, weil sie eine halbe Million von Bürgern, soweit sie den christlichen Kirchen angehören, einer erheblichen Belastung aussetzen: die Angehörigen der Bundeswehr und auch ihre Familien.

Zu den Gedenktagen dieses Jahres gehörte auch die Erinnerung an die Aufstellung der ersten Einheiten der Bundeswehr vor 30 Jahren. Ich freue mich, daß es die Bundeswehr gibt, denn sie hat als wichtiger Teil der NATO entscheidend geholfen, den Frieden in Freiheit zu sichern. Daß manche in unserer Kirche anders denken und urteilen, kann mich nicht veranlassen, ihre Ansichten „als nicht mit dem christlichen Glauben zu vereinbaren“ zu bezeichnen. Aber Millionen von Soldaten haben in diesen 30 Jahren ihren Dienst in den Streitkräften geleistet und sich durch bedenkliche Äußerungen einzelner – z. B. den Aufruf „Geh nicht zum Bund“ – in ihrer Treue zur Kirche nicht beirren lassen. Wie muß auf diese Glieder unserer Gemeinden, wie muß auf die vielen Soldaten, die am Kirchentag teilnahmen, die vorhin erwähnte „Düsseldorfer Erklärung“ wirken?

Kurz bevor die Synode der EKD in Trier zusammentrat, legte der Rat der EKD die Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe“ vor. Daß diese Denkschrift zustande kam, ist Grund zur Freude und Dankbarkeit. Bei genauem Lesen kann man die in unserer Kirche vorhandenen Strömungen erkennen, die auch in Trier in den einführenden Referaten der beiden Bundesverfassungsrichter Roman Herzog und Helmut Simon durchaus spürbar wurden. Diese Schrift sollte in den Gemeinden sorgfältig gelesen und diskutiert werden. Vielleicht ergibt sich die Gelegenheit, politisch engagierte Gemeindeglieder aller Richtungen zum Gespräch über diese

Denkschrift einzuladen; vielleicht zeigt sich dabei, daß es viele Möglichkeiten gibt, Verantwortung des Christen in der Welt sehr praktisch wahrzunehmen. Mancher wird dabei die Entdeckung machen, daß dies sehr viel schwieriger ist als die Teilnahme an einer Demonstration gegen oder für irgendetwas an sich begrüßenswerte Sache. Die Denkschrift ist eben auch ein Ruf zur Nüchternheit.

In Trier wurde – in einem mühsamen Prozeß – ein neuer Rat der EKD gewählt – und ein neuer Vorsitzender. Unsere besten Wünsche begleiten den Rat und Bischof Kruse auf dem Weg in die vor uns liegen-

den Jahre. Der Evangelische Arbeitskreis erhofft eine gleiche Bereitschaft und Offenheit des Gespräches, wie sie bei Bischof Lohse immer gegeben war.

Wenn wir auf das Jahr 1985 zurückblicken, haben wir sicher nicht nur Grund zur Freude und zur Zufriedenheit. Doch gerade als Christen wollen wir uns nicht von Ängsten und Sorgen niederdrücken lassen, sondern zuversichtlich und voller Hoffnung an die Aufgaben herangehen, die uns die Zukunft stellt.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Adventszeit, ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gesegnetes Jahr 1986.

---

## Zum 30. Todestag von Robert Tillmanns

Mitgründer der CDU Deutschlands und des Evangelischen Arbeitskreises

Albrecht Martin

---

Die deutsche Einheit und die Vereinigung Europas waren „Kardinalpunkte“ in der Politik des am 12. November 1955 verstorbenen ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Mit dem 1896 in Wuppertal geborenen Staats- und Wirtschaftswissenschaftlers **Dr. Robert Tillmanns** verlor die Union einen Mann von großer persönlicher Integrität, dessen Lebensweg in den Augen seiner Zeitgenossen von frühester Jugend an unter einer vom Glauben her klar geprägten sozialen Verantwortung stand.

Zusammen mit **Jakob Kaiser** und **Ernst Lemmer** gründete er 1945 die Berliner CDU; seit 1949 gehörte er für diese Stadt dem 1. Deutschen Bundestag an. Nach dem allzufrühen Tod von **Hermann Ehlers** übernahm Robert Tillmanns den Vorsitz im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU und pflegte in dieser Eigenschaft und als Bundesminister für besondere Aufgaben im zweiten Kabinett Adenauer intensiv den Kontakt zu den evangelischen Landeskirchen. Als Befürworter der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft trat der profilierte Protestant Tillmanns in Gegensatz zu der Gruppe um Hei-

nemann, Niemöller und Eppler, die einem deutschen Verteidigungsbeitrag zweifelnd oder ablehnend gegenüberstanden. Der Mitherausgeber der „Evangelischen Verantwortung“ sah die Aufgabe des EAK der CDU/CSU vornehmlich in der Weckung des Bewußtseins gemeinsamer christlicher Verantwortung im Politischen. Zur Begründung des Wortes „Christlich“ sagte Robert Tillmanns auf dem Parteitag in Hamburg 1953:

„Mit diesem Wort ist nichts anderes gesagt, als daß für uns keine menschliche Doktrin und erst recht keine vom Rationalismus des 19. Jahrhunderts entwickelte Theorie verpflichtend ist, sondern daß für uns als allein verbindlich besteht die Verantwortung, die wir als Christen für die öffentlichen Dinge tragen. Wir beanspruchen für uns kein christliches Monopol in der Politik, noch weniger geht es uns etwa nur um die Wahrung kirchlicher Machtpositionen; es geht uns um eine neue, tiefbegründete Sicht vom Menschen und vom menschlichen Zusammenleben, eine Sicht, die tragfähiger ist als irgendwelche theoretisch entwickelten Systeme oder gar eine vom Machtstreben oder von Interessengesichtspunkten diktierte Politik.“



Dr. Robert Tillmanns

Dieses politische Bekenntnis des ehemaligen Mitglieds der Bekennerkirche ist von unverändert aktueller Bedeutung. Gerade angesichts der Herausforderungen unserer Zeit gilt es, sich auf die ihm zugrundeliegenden Kraftquellen zu besinnen.

# 300 Jahre Revisionsedikt von Fontainebleau

– Die Vertreibung der Hugenotten aus Frankreich und ihre Aufnahme in Deutschland –

Friedrich Menke

Das Jahr 1685 lehrt uns, daß zeitlich weit Entferntes nahe rücken, uns betroffenen machen kann. Davon legen die Werke Bachs und Händels Zeugnis ab, aber auch politische Dokumente. Am 18. Oktober 1685 hob Ludwig XIV. mit dem Edikt von Fontainebleau die Rechte auf, die sein Großvater Heinrich IV. den französischen Protestanten mit dem Toleranzedikt von Nantes 1598 eingeräumt hatte. Durchaus im allgemeinen Zeitverständnis des Absolutismus berechtigt – ein Herrscher, ein Glaube, ein Gesetz (un roi, une foi, une loi) – versuchte Ludwig XIV., die Einheit Frankreichs zu stärken. Aber dieser königliche Wille wurde vor und nach 1685 in einer so harten Weise umgesetzt, die schon zu jener Zeit, erst recht aber mit Beginn der Aufklärung, auf Trauer und Empörung stießen:

Die reformierten Christen wurden durch zwangsweise Einquartierung von Dragonern drangsaliert, ihre Kirchen zerstört, ihre Schulen und Akademien aufgelöst, die Möglichkeiten, sich auszubilden und zu arbeiten immer mehr eingeschränkt, Bekehrungen erzwungen, Pastoren hingerichtet. Ein Betroffener schreibt in seinem Tagebuch, was viele evangelische Christen empfunden haben:

„Gott verhüte, daß ich von meinem König unehrerbietig rede; aber ich kann nicht umhin zu sagen, daß in diesem Falle seine Beweggründe weder gerecht noch klug waren. Es kann keine gesunde Politik sein, Menschen zu erbittern und sie zum Haß gegen eine Regierung zu zwingen, die sie so gern geliebt und unterstützt hätten.“

## Die Hugenotten auf der Flucht

Von den etwa 20 Millionen Franzosen waren um 1685 über eine Million evangelisch-reformierte Christen. Viele von ihnen sind in Frankreich geblieben, teils konvertiert – in der Regel gezwungenermaßen –, teils bis 1787 in den Untergrund

gegangen, „Gemeinden in der Wüste“ bildend. 200 000 bis 300 000 Protestanten mußten ihr französisches Vaterland verlassen, um als Glaubensflüchtlinge – es ging ja um die Wahrheit des Geglauten, also um das Seelenheil – Zuflucht in der Schweiz, den Niederlanden, England und in Deutschland zu suchen.

In der Regel verlief die Flucht auf französischem Gebiet weitgehend ungeordnet. Familien und Alleinstehende brachen meistens in kleineren Gruppen auf und versuchten, sich bis zur rettenden Grenze durchzuschlagen, wobei sie häufig ihr letztes Hab und Gut für die Bestechung von Wächtern und Patrouillen und zur Bezahlung ortskundiger Führer, Rheinschiffer und Bootsleute hergeben mußten.

In den grenznahen Städten der Schweizer Kantone und in den Niederlanden half man, so gut man konnte. Gemeindegeldern und Sondersteuern mußten aufgebracht werden, um die Flüchtlinge beherbergen und weiterleiten zu können. Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Die kleine reformierte Gemeinde in Frankfurt hat zwischen 1685 und 1795 über einhunderttausend Flüchtlinge betreut.

Diese wurden aufgenommen in Hessen, Hamburg, Bremen, Celle und vor allem in Brandenburg – Preußen als Glaubensbrüder, denen zu helfen war, zugleich als tüchtige Bauern, Gärtner, Strumpfwirker, Handschuh- und Hutmacher, Drucker, Gelehrte und Offiziere, die man dringend benötigte. 1648 war nämlich der Zustand des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation mit seinen über 4000 Königreichen, Herzogtümern, Grafschaften, Reichsstädten und reichsunmittelbaren Freiherren und Dörfern beklagenswert. Große Teile, zu denen vor allem Brandenburg-

Preußen gehörte, waren im 30jährigen Krieg verwüstet, entvölkert, demoralisiert. Der westfälische Friede beendete einen Krieg, der in der Tat verheerend gewirkt hatte. Frankreich – ein König, ein Gesetz, ein Glaube – war die dominierende europäische Macht. Die deutschen Staaten fanden erst um 1750 wieder den Wohlstand, den sie um 1620 gehabt hatten. Das reiche Magdeburg hatte nach 30 Jahren Krieg nur noch 5000 seiner ursprünglich 35000 Einwohner. In Berlin standen 1648 nur 845 Häuser, von denen 360 unbewohnt waren, im benachbarten Cölln waren von 364 Häusern 150 unbewohnt. Und ungepflastert, ärmlich, ackerbürgerlich war diese Residenzstadt ohnehin.

Nach und nach wurden ab 1660 Neucölln, die Dorotheenstadt, die Friedrichsstadt und der Friedrichswerder besiedelt und bebaut, und in diesen aufstrebenden neuen Teilen des heutigen Ostberlins wirkten seit 1685 vor allem die französischen Flüchtlinge.

## Aus dem Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Gedanken zum Jahreswechsel                 | 1  |
| Zum 30. Todestag von Robert Tillmanns      | 3  |
| 300 Jahre Revisionsedikt von Fontainebleau | 4  |
| Verantwortung für die Schöpfung            | 7  |
| Aus unserer Arbeit                         | 10 |
| Leserbrief                                 | 13 |
| Buchbesprechungen                          | 14 |
| Termin                                     | 16 |

---

## Das Edikt von Potsdam

---

Der Große Kurfürst bietet mit dem Potsdamer Edikt vom 29. Oktober 1685 „aus gerechtem Mitleiden“ den „bedrängten Glaubens-Genossen eine sichere und freye retraite in alle unsere Lande und Provinzien“, dazu „Gerechtigkeiten, Freyheiten und Praerogativen“. Beauftragte erwarten die Refugiés in Holland, damit diese über Hamburg nach Brandenburg gelangen, andere über Frankfurt. In die angebotenen Wohnorte sollen sie Waren und Werte einführen dürfen. Erhebliche materielle Hilfen werden den Refugiés garantiert, wenn sie verfallene Häuser herstellen oder neue errichten. Bürger- und Zunftrecht werden ihnen eingeräumt und eigene Rechtsprechung. Die französische Kolonie in Berlin bildete fast einen Staat im Staate mit eigener Gerichtsbarkeit und Polizeidirektor. In den französisch-reformierten Kirchengemeinden ordneten sie ihre Dinge mit Pfarrern, Ältesten und für die Armenpflege verantwortlichen Diakonen. Nur Kirchensynoden widersprachen deutschem Fürstenrecht und wurden von dem Landesherrn nicht geduldet.

Die hugenottischen Flüchtlinge gerieten 1685 – das darf man nicht vergessen – in eine fremdsprachige, politisch, wirtschaftlich, rechts- und kirchengeschichtlich ganz anders geartete, viel gestaltige Landschaft. Und in diese Landschaft brachten sie ihre eigenen Rechtsauffassungen und Glaubensüberzeugungen mit, vertrauend den Zusagen des Großen Kurfürsten, die z. T. mit überlieferten Rechten, Gewohnheiten und Denkweisen der – im Gegensatz zum reformierten Herrscherhaus überwiegend lutherischen – Einheimischen in Konflikt gerieten, geraten mußten. Das Zusammenwirken von französischen Schieds- und Friedensrichtern in der französischen Kolonie mit dem deutschen Magistrat war kompliziert. Im Zweifelsfalle wirkte sich das Gewirr von Kompetenzen und Rechtszuständigkeiten zu Lasten Rechtssuchender aus, zumal wenn man an die Anwälte denkt, deren Interesse eher in der Verlängerung

und Verteuerung der Prozesse lag. Überdies litt die brandenburgische Straf- und Ziviljustiz um 1700 unter dem Mangel einer einheitlichen Gesetzgebung, litt unter der Zersplitterung der Gerichtsobrigkeit und landerherrlicher Einmischungen.

Die französischen Kolonien in Brandenburg-Preußen, also auch in Berlin und in anderen Städten, bauten im 18. Jahrhundert ihre eigenständige, privilegierte Stellung mit Kirchenrecht, Gerichtsbarkeit, Schule, Krankenhaus und Waisenhaus aus.

1709 wurden die Hugenotten in Brandenburg-Preußen den Deutschen staatsrechtlich gleichgestellt. 1809 wurden die französischen Kolonien im Verlauf der Stein-Hardenbergischen Reformen als rechtlich selbständige Einheiten aufgehoben.

---

## Die Refugiés in Brandenburg-Preußen

---

Reibungslos verlief das Zusammenleben mit den Refugiés nicht. Die guten Aufnahmebedingungen, das dem Herkommen, z. B. den Zunftgesetzen widersprach, die andersartigen Sitten, Gewohnheiten irritierten. Die Berliner Pastoren Reclam und Erman haben um 1785 diese Geschichte in 9 Bänden „Mémoires pour servir à l'histoire des réfugiés françois dans les états du roi“ erzählt. Sie erwähnen, wie die deutsche Küche (geräuchertes und gesalzenes Fleisch, getrockneter Fisch, getrocknetes Gemüse, Sauerkohl, Grünkohl, Wurzeln) angereichert wurde durch grüne Bohnen und junge Erbsen, Blumenkohl, Spargel, Artischocken, Salat, Melonen und Obst. Auf den Vorwurf, die Réfugiés hätten die guten alten deutschen Sitten verdorben, antworten Reclam und Erman:

„Wenn sie ihren neuen Mitbürgern Zivilisation brachten, so geschah dies doch nicht zu deren Verderben; grobe Sitten sind doch nicht dasselbe wie gute Sitten. Als ob schlechte Nahrung, schlechte Kleidung, schlechte Wohnverhältnisse die besten Voraussetzungen wären für gute Charaktereigenschaften! Es mag ja durchaus zu-

treffen, daß die typisch deutschen Eigenschaften heute weniger ausgeprägt sind als im vorigen Jahrhundert. Ist das denn das Allerschlimmste, was dem deutschen Volk zustoßen kann? Doch wohl kaum! Wenn die Franzosen Einfluß ausgeübt und ihre deutsche Umgebung verändert haben, so sind doch auch sie dem Einfluß derer ausgesetzt gewesen, bei denen sie sich ansiedelten. Alles in allem wird man sagen müssen: Jeder hat mehr gewonnen als verloren.“

Friedrich der Große, der – im wohlverstandenen Staatsinteresse – Ludwig XIV. dankbar ist, weil die Refugiés „Commercio und Manufakturen“ verbessert haben, meint 1752 in seinem politischen Testament:

„Katholiken, Lutheraner, Reformierte, Juden und zahlreiche andere christliche Sekten wohnen in Preußen und leben hier friedlich beieinander. Wenn der Herrscher aus falschem Eifer auf den Einfall käme, eine dieser Religionen zu bevorzugen, so würden sich sofort Parteien bilden und heftige Streitereien ausbrechen. Allmählich würden Verfolgungen beginnen und schließlich würden die Anhänger der verfolgten Religion ihr Vaterland verlassen, und Tausende von Untertanen würden unsere Nachbarn mit ihrem Gewerbefleiß bereichern und deren Volkszahl vermehren“.

Es sind erwähnenswerte Vorteile, die Deutschland den französischen Flüchtlingen verdankt. Handel und Gewerbe, Gemüseanbau und Gartenarchitektur, das Nötige und das Schön-Überflüssige gedeihen, werden gefördert. Die Länder jenseits des Rheins, jenseits der Elbe und der Oder werden reicher, vielfältiger, anziehender und schöner. Die Menge fleißiger und einfallsreicher gewerbe- und handeltreibender, schreibender und lehrender Franzosen befruchtet das Land, und es gewinnt selbst dabei. Spätestens in der 2. Generation fühlen sie sich aber nicht mehr als Flüchtlinge, sondern – trotz aller Sonderrechte und Privilegien – als gute Staatsbürger französischer Abstammung und französischer Sprache. Sie beleben nicht nur die Wirtschaft ihrer

neuen Heimat, bauen nicht nur Häuser, Dörfer und Städte mit auf, sondern tragen auch politisch dazu bei, daß die weitverstreuten Landesteile zusammenwachsen und ein verbindendes Staatsbewußtsein entwickeln. Der Historiker Rudolf von Thadden meint: „Die eingewanderten Hugenotten wurden nicht Brandenburger, Ostpreußen, Pommern oder Westphalen, sondern staatsunmittelbare Preußen, Glieder des integrationsbedürftigen Gesamtstaates.“

---

### Ein Beispiel menschensfreundlicher Toleranz

---

Wenn Brandenburg-Preußen durch die Glaubensflüchtlinge aufgestiegen ist, so ist dies nach Reclam/Erman 1785 „der am deutlichsten sprechende Anschauungsunterricht in Sachen Toleranz, den die Geschichte den Herrschern geben kann; sie beweist unwiderlegbar, daß Intoleranz und Verfolgungsgeist den Prinzipien einer aufgeklärten Politik nicht weniger entgegengesetzt sind als denen des Christentums und den Gefühlen der Menschlichkeit. Alle Staaten, in denen die herrschende Religion neben sich jede Meinung duldet, die keinen verderblichen Einfluß auf die Tugenden des Bürgers ausübt, haben sich vergrößert, während diejenigen, in denen Regierungen den absurden Plan gehabt haben, alle Untertanen durch Zwang zu einer in den Prinzipien der Religion absolut einheitlichen Denkweise zu bringen...“ gescheitert sind.

Die Hugenotten, die französischen Glaubensflüchtlinge, und deren Nachkommen im Königreich Preußen wurden zu preußischen Patrioten französischer Herkunft, weil sie mit und nach dem Edikt von Potsdam Aufnahme gefunden hatten in einem Reich, das diesen Grundsätzen der menschenfreundlichen Toleranz in hohem Maße Geltung verschafft hatte.

Sie hatten es nach hundert Jahren vielfach zu Wohlstand und Ansehen gebracht. Und nun schauten sie – 1785 – voller Dankbarkeit auf die schreckliche Zeit um 1685 zu-

rück, damals, als Ludwig XIV. ihre Vorfahren aus dem Vaterland vertrieben hatte und deutsche Herrscher wie der Landgraf von Hessen – Kassel oder der Große Kurfürst ihnen eine neue Heimat sowie neue Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten gaben. So konnten sie in Stendal oder Berlin-Cölln nach ihrer Weise leben und hatten den unstreitbaren Vorzug, aus Frankreich zu stammen, aus dem europäischen Reich, nach dessen Kultur sich im 18. Jahrhundert die übrigen europäischen Länder ausrichteten. Französisch war die verbindende Sprache aller Gebildeten, war die Sprache der europäischen Höfe. Bestes Beispiel ist Friedrich der Große, der besser französisch als deutsch sprach. Dessen Freunde waren nicht nur Voltaire, Lammetrie oder d’Alembert, sondern auch unter den Hofpredigern und Gelehrten der französischen Kolonie in Berlin hatte er viele Gesprächspartner.

Und diese deutschen Franzosen oder französischen Deutschen gerieten hier – anders als die 1685 in die reichereren und entwickelteren Länder wie England, Holland oder die Schweiz geflüchteten Glaubensbrüder – sie gerieten hier im ärmeren Brandenburg-Preußen in die Rolle von Repräsentanten einer höherrangigen, Maßstäbe gebenden Welt. Kurz gesagt: Französische Kolonisten in der Uckermark wirkten wie bunte Blumen in ländlichen Nutzgärten. Diese positiv auffallende Situation wußten auch die Nachfahren der Hugenotten zu schätzen. Und hugenottische Vorfahren zu haben, ihren Spuren nachzugehen, in Kelze, Celle oder in Berlin bereitet Vergnügen und führt zugleich, wenn auch auf einer Seitenstraße – ins Zentrum geschichtlicher Zusammenhänge.

---

### Flüchtlingsströme

---

Die große Wanderausstellung „Deutsche Emigranten in Frankreich, französische Emigranten in Deutschland 1685 bis 1945“ macht anschaulich, daß neben diesen gewaltigen und folgenreichen Flüchtlingsbewegungen vor dreihundert Jahren auch noch andere zu nen-

nen sind. So flohen 1789 französische Adlige und Bürger nach Deutschland, deutsche Republikaner nach Frankreich, und im 19. Jahrhundert sind es deutsche Intellektuelle einerseits und Arbeitssuchende andererseits, die Deutschland verlassen. Und über die Flucht und die Vertreibung Deutscher nach 1933 – vor allem von Künstlern, Wissenschaftlern und Politikern – und den Auswirkungen dieser Vertreibung ist noch nicht abschließend zu urteilen. Im Katalog der Emigrantenausstellung heißt es richtig:

„Diese Wanderbewegungen, diese zivilen und friedlichen Invasionen, bedingt teils durch ideologische Intoleranz, teils durch scharfe politische Konflikte, teils durch Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts oder aber durch eine Mischung aller dieser Faktoren, führten zu menschlichen und kulturellen Verschmelzungsprozessen von unvermutetem Ausmaß und werden noch heute in Frankreich und Deutschland meist verkannt. Ganz im Gegensatz zu den militärischen Invasionen und Eroberungen sind sie im individuellen und kollektiven Gedächtnis der beiden Völker verdrängt und verschüttet.“

Gedenkjahre müssen keine Eintagsfliegen sein. Was vor 300 Jahren geschah, lohnt eine genaue Betrachtung. Nur sollte man klug sein und die Ereignisse, Motive, Folgen so sehen wollen, wie sie waren, mithin versuchen, die immer komplexe Wahrheit zu suchen.

#### Unsere Autoren:

Staatsminister Albrecht Martin, MdL  
Landesvertretung Rheinland-Pfalz  
Schedestraße 1  
5300 Bonn 1

Dr. Friedrich Menke, MdBB  
Am Wall 135  
2800 Bremen

Dr. Gerhard Voss  
Institut der deutschen Wirtschaft  
Postfach 51 06 69  
5000 Köln 51

Hans Staiger  
Gartenstraße 152  
6078 Neu-Isenburg

Erinnert sei auch an das Jahr 1945. Vor 40 Jahren flüchteten Millionen von Deutschen – eine der zu vielen Massenfluchten des 20. Jahrhunderts – in die westlichen Besatzungszonen, die spätere Bundesrepublik. Millionenfaches Leid war hier gebündelt, und hartnäckig, aber auch großzügig wurden die Flüchtlinge aufgenommen. Die Aufnahme, das Lastenaus-

gleichgesetz und andere Aufbauhilfen der CDU/CSU geführten Bundesregierung unter Konrad Adenauer haben erwiesen, was möglich ist, wenn eine Politik aus christlicher Verantwortung gestaltet wird. Hier sind in der Not stabile Grundlagen gelegt.

Im Jahre 1985 können wir dankbar und stolz sein, daß die Aufnahme und Eingliederung der Flücht-

linge aus dem kommunistischen Osten so produktiv verlaufen ist. Am Aufbau des verheerten Deutschland hatten französische Flüchtlinge, an unserem Wiederaufbau nach 1945 deutsche Flüchtlinge maßgeblich Anteil.

Anm.: Dr. Friedrich Menke ist Mitglied der Bremer Bürgerschaft sowie Landesvorsitzender des EAK-Bremen.

## Verantwortung für die Schöpfung – Das Beispiel Waldsterben

Gerhard Voss

In der letzten Zeit sind eine ganze Reihe kirchlicher Stellungnahmen zu den Fragen des Umweltschutzes und der Umweltpolitik veröffentlicht worden. Vor dem Hintergrund der hektischen umweltpolitischen Diskussion, die sich heute auch besonders um den Bestand unserer Wälder sorgt, kommt diesen Verlautbarungen eine wichtige Bedeutung zu. Welche umweltethischen Orientierungen die Kirchen der Diskussion um das Waldsterben geben, untersucht der folgende Beitrag.

In einer **gemeinsamen Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz** haben die beiden großen Kirchen kürzlich dazu aufgerufen, Verantwortung für die Schöpfung wahrzunehmen<sup>1)</sup>. Diese Stellungnahme geht von einer Ursachenanalyse der Umweltschäden aus und diskutiert aus kritischer Distanz die praktizierte Umweltpolitik. Nach einer Erläuterung umweltethischer Fragestellungen mit der Darstellung der „christlichen Botschaft von Schöpfung, Erlösung und Vollendung der Welt“ werden dann „Forderungen für ein neues Denken und Handeln“ zum Schutz der Umwelt vorgetragen. Der Forderungskatalog reicht von allgemeinen Vorschlägen für einen maßvollen neuen Lebensstil bis hin zu Kompetenzregelungen im Umweltschutz und speziellen finanziellen Förderprogrammen (Förderung sanfter und alternativer Technologien).

Etwa zur gleichen Zeit hat der Theologische Ausschuß der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen

Kirche Deutschlands (VELKD) eine Stellungnahme „**Schöpfungsglaube und Umweltverantwortung**“<sup>2)</sup> veröffentlicht. Im Gegensatz zu der „Gemeinsamen Erklärung“ der Kirche sieht diese Stellungnahme von jeglicher politischen Einzelwertung ab und legt das Schwergewicht auf die theologische Auseinandersetzung mit dem Schöpfungsglauben. Die „Ethischen Folgerungen für ein neues Verantwortungsbewußtsein“, die der theologische Ausschuß der VELKD zieht, werden allein aus der Hinordnung des Menschen auf den Schöpfer abgeleitet, wobei die „Zusammengehörigkeit von Schöpfung und Erlösung“ herausgestellt wird.



### Politischer Akzent

Die globale Gegenüberstellung weist auf einen wichtigen Unterschied in den beiden Stellungnahmen hin: Die „Gemeinsame Erklärung“ ist sehr viel politiknäher als die „Studie der VELKD“. Die Betonung politischer Zusammenhänge in der „Gemeinsamen Erklärung“ spiegelt dabei auch Tendenzen wider, die gerade in der Evangelischen Kirche von Bedeutung sind. In Teilen der Evangelischen Kirche besteht unübersehbar die Neigung, verantwortliches Handeln gegenüber der Schöpfung mit bestimmten Varianten des Umweltschutzes gleichzusetzen, wobei viele Parallelen zu den politischen Leitbildern der grünen Bewegung erkennbar sind. Als Beispiel sei das „Manifest zur Versöhnung mit der Natur“<sup>3)</sup> erwähnt, das von kirchennahen Autoren aus der Ökologiebewegung formuliert wurde. Aus eher naturphilosophischen Überlegungen wird dort so etwas wie eine Befreiungstheologie der Schöpfung abgeleitet, die den technisch-industriellen Fortschritt ablehnt.

Nun wäre es allerdings ein großes Mißverständnis, wollte man die Erklärungen der Kirchen zum Umweltschutz allein nach ihren politischen Vorschlägen und Schlußfolgerungen beurteilen. Wenn danach gefragt wird, welche ethischen Orientierungen für eine praktische umweltpolitische Aufgabe, wie es der Schutz des Waldes darstellt, in

den Stellungnahmen enthalten sind, so können nicht die politisierenden, sondern es müssen die grundlegenden theologischen und ethischen Aussagen der Verlautbarungen im Vordergrund stehen.

---

### Ethische Maßstäbe

---

Die verbindende, übergreifende Aussage beider Stellungnahmen ist die Feststellung, die Menschen würden heute in einer tiefen Umweltkrise leben, die ihre Ursache in einer zerstörten Beziehung zwischen den Menschen und der ihnen anvertrauten Schöpfung Gottes habe.

Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung heißt für die Kirchen deshalb:

- Solidität gegenüber allem Geschaffenen zu üben,
- als „guter Haushalter“ die Erde erhalten und gestalten,
- Ehrfurcht vor dem Leben zu zeigen und
- auch künftigen Generationen die Lebenschancen zu bewahren.

Diesen eher „defensiven“ ethischen Leitlinien, die in beiden Stellungnahmen herausragen, stehen allerdings in der „Studie der VELKD“ auch mehr „offensive“ Grundsätze gegenüber, die engagiert zur Fortentwicklung unserer Industriegesellschaft auffordern: „Weil sich die Menschheit den die Entwicklung bestimmenden Möglichkeiten der Technik durch keinen noch so großherzig oder asketisch gemeinten Verzicht entziehen kann, muß sie im Ausgleich von technischer Möglichkeit und Bestand der Natur ihre neue Aufgabe erblicken“.

---

### Sachkompetenz

---

Auch wenn diese ethischen Leitlinien kein politisches Programm enthalten, haben sie doch politisches Gewicht. Denn sie sind auf Handlungen und Tätigkeiten ausgerichtet. Sie lassen nur offen, wie im Einzelfall zu entscheiden ist. Das gilt auch für die Frage, wie ein wirksamer Schutz des Waldes, der zweifellos ethisch geboten ist, aus-

sehen soll. Sollen Maßnahmen zum Schutz des Waldes absolute Priorität haben, oder soll auch Rücksicht genommen werden auf wirtschaftliche und technische Probleme sowie auf internationale Rahmenbedingungen? Soll die Ökologie unbedingt vor der Ökonomie rangieren? Das kann letztlich nur entschieden werden vor dem Hintergrund einer detaillierten Analyse über Ausmaß und Ursachen der alarmierenden Waldschäden. Verantwortung wahr nehmen für die Schöpfung ist ohne Sachkompetenz nicht möglich.

Über das Ausmaß der Waldschäden in der Bundesrepublik informiert die **Waldschadenserhebung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**, die erstmalig im Sommer 1983 für das gesamte Bundesgebiet vorgenommen und 1984 sowie 1985 wiederholt wurde. Danach gelten 52% der Waldfläche, d. h. 3,8 Milliarden ha, als krank. Ein großflächig angelegtes Waldsterben ist allerdings nicht festgestellt worden. Die stark geschädigten und bereits abgestorbenen Waldbäume (Schadstufe 3 und 4) machen derzeit nicht mehr als etwa 2,2% der Waldfläche aus. Gemessen an den Inventurergebnissen wird in absehbarer Zeit infolge der Walderkrankung kaum eine stärkere Auffichtung des Waldbestandes oder eine Vergrößerung der Kahlschlagfläche zu befürchten sein. Das akut gefährdete Waldpotential, das schon in absehbarer Zeit von einem geringeren Schadegrad in eine Schadenskategorie hineinwachsen könnte, bei der mit einem Absterben der Bäume zu rechnen ist, wird für die nächsten zehn Jahre auf rund 10 Prozent geschätzt. Aber auch in diesem Fall ist noch nicht mit einer gravierenden Beeinträchtigung der Schutzfunktion des Waldes zu rechnen. Denn der notwendige Einschlag von geschädigten Bäumen würde auch dann das normale Ausmaß des alljährlich stattfindenden Normaleinschlags nicht überschreiten. Horrorvisionen über das Zusammenbrechen des Waldes in absehbarer Zeit entbehren danach jeder wissenschaftlichen Grundlage<sup>4)</sup>.

---

### Hohes Risiko

---

Das Risiko, das mit einem möglichen Fortschreiten der Walderkrankung verbunden ist, wird von den Forstwissenschaftlern hoch eingeschätzt. Schon eine geringe Beeinträchtigung der Schutzfunktion des Waldes hätte unübersehbare ökologische und ökonomische Konsequenzen. In welche Dimensionen die Risiken hineinwachsen können, zeigen vor allem auch Forschungen, die an den erkrankten Waldbäumen eine Beeinträchtigung der Photosynthese feststellen, die die biologische Grundlage allen Lebens auf der Erde ist. Diese Diagnose läßt auch gerade gemessen an den oben dargestellten umweltethischen Leitlinien eine wirkungsvolle Politik zum Schutz des Waldes geboten erscheinen. Eine solche Politik muß bei den Ursachen der Walderkrankung ansetzen.

Seit den ersten Berichten über alarmierende Waldschäden in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der achtziger Jahre wird intensiv nach den Krankheitsursachen geforscht. Allein von der Bundesregierung werden derzeit 340 Forschungsvorhaben mit insgesamt 85 Millionen DM unterstützt. Zu abschließenden Urteilen und Ergebnissen sind die Naturwissenschaftler allerdings bisher noch nicht gekommen. Die verschiedenen und zum Teil sich widersprechenden Untersuchungsergebnisse unterscheiden drei große Ursachenbündel:

– **Anthropogene**, das heißt vom Menschen ausgelöste Ursachen. Im Vordergrund stehen hier die sogenannten „Immissions-Hypothesen“. Danach führen Luftverunreinigungen aus Kraftwerken, Kraftfahrzeugen sowie aus den Schornsteinen der Industrie und der privaten Haushalte („Emissionen“), zu diesen Schäden, wirken also auf die Umwelt ein („Immission“). Es wird angenommen, daß der gasförmige oder im Regen und Nebel enthaltene Schwefel sowie Stickstoffverbindungen aus Verbrennungsrückständen sowohl die oberirdischen Teile des Baumes als auch die Wurzeln nachhaltig schädigen

können. In gleicher Weise gilt dies für die Einwirkung von Ozon, das als Umwandlungsprodukt von Stickoxiden und Kohlenwasserstoff in der Atmosphäre entsteht.

– **Nichtanthropogene Ursachen.** Danach sind Klima- und Standorteinflüsse wie Frost und Trockenheit, aber auch Befall mit Schädlingen (Borkenkäfer) einschließlich Viren und Pilzen für die Waldschäden ausschlaggebend. Allerdings handelt es sich hierbei noch weitgehend um Vermutungen: So konnte ein Virus als Verursacher der Waldschäden bisher nicht nachgewiesen werden.

– **Forstwirtschaftliche Ursachen.** Hierzu gehören Fehler im Anbau des Waldes wie etwa das Anlegen von Nadelholz-Monokulturen. Die Beschränkung auf eine Baumart kann zu Nährstoffmangel führen. Folge: Der Waldboden ist nicht mehr in der Lage, zu einem geregelten Mineralstoffkreislauf beizutragen.

Einig sind sich die Naturwissenschaftler, daß die verschiedenen Phänomene, die bei den Waldschäden auftreten, aber nicht monokausal erklärt werden können. Die Symptome weisen auf das Zusammenwirken verschiedener Stressoren hin. Die Forscher sprechen von einer Komplexkrankheit, bei der alle oben genannten Ursachenkomplexe eine Rolle spielen können. Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand wird allerdings vermutet, daß die Luftschadstoffe eine ausschlaggebende, mitwirkende Rolle spielen. Welcher Luftschadstoff in welcher Zusammensetzung und Konzentration schädigend auf den Wald einwirkt, ist aber ungeklärt.

### Gegenmaßnahmen

Wenn man nun die umweltethischen Leitlinien in Beziehung setzt zu der Bestandsaufnahme über Ausmaß und Ursachen der Waldschäden, so ist es weder gerechtfertigt, zum Schutz des Waldes ein Krisenmanagement ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und technische Gegebenheiten einzuleiten, noch vertretbar, eine hinhaltende Umweltpolitik zu praktizieren.

Notwendig sind vorsorgend und längerfristig geplante Maßnahmen, die jene Schadfaktoren ausschalten, die nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand mit hoher Wahrscheinlichkeit als Mitverursacher der Waldschäden in Frage kommen.

Die Umweltpolitik der Bundesregierung wird in hohem Maße diesen Anforderungen gerecht. Sie hat im September 1983 ein Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ beschlossen. Es faßt alle umweltpolitischen Aktivitäten zusammen, die mit dem Ziel eingeleitet wurden, ein Fortschreiten der Walderkrankung aufzuhalten. Schwerpunkte des Programms sind: gesetzliche Vorkehrungen zur Luftreinhaltung im eigenen Lande (Großfeuerungsanlagenverordnung, TA-Luft mit Emissionsgrenzwerten für alle industriellen Anlagen, Abgasgrenzwerte für Autos); internationale Maßnahmen zur Luftreinhaltung (EG-einheitliche Abgasgrenzwerte); forstwirtschaftliche Maßnahmen wie Waldschadenserhebung, Wiederaufforstung, Düngeaktionen; Verstärkung der Ursachen- und Wirkungsforschung.

Ein großer Teil des Programms ist inzwischen verwirklicht. Vor allem die Großfeuerungsanlagenverordnung wird die SO<sub>2</sub>-Emission in der Bundesrepublik von derzeit rund 3,2 Millionen Tonnen jährlich auf 1,6 Millionen Tonnen in 1988 und auf unter 1,2 Millionen Jahrestonnen in 1993 vermindern. Überdies wird die Einführung des umweltfreundlichen Autos wesentlich dazu beitragen, daß die Stickoxid-Emissionen bis 1993 halbiert werden.

Das alles heißt natürlich nicht, daß wir nun die Hände in den Schoß legen könnten. Im Gegenteil, es muß dafür gesorgt werden, daß all diese Vorhaben zügig realisiert werden. Da ist jeder einzelne aufgefordert, seinen Beitrag zu leisten.

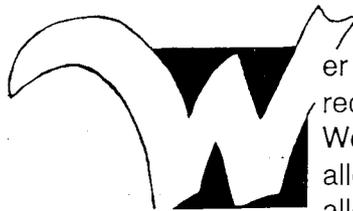
### Anmerkungen

- 1) Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung.  
Gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz. Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Gütersloh 1985.
- 2) Wenzel Lohff, Hans Christian Knuth (Hrsg.):  
Schöpfungsglaube und Umweltverantwortung.  
Eine Studie des Theologischen Ausschusses der VELKD, Heft 26 der Schriftenreihe: Zur Sache – Kirchliche Aspekte heute, Lutherisches Verlagshaus GmbH, Hannover 1985.
- 3) Günter Altner, Gerhard Liedke, Klaus M. Meyer-Abich, A. M. Klaus Müller, Udo E. Simonis, Manifest zur Versöhnung mit der Natur. Die Pflicht der Kirchen in der Umweltkrise, Neunkirchen-Vluyn 1984.
- 4) Siehe zu Einzelheiten: Erwin Nießlein, Gerhard Voss, Was wir über das Waldsterben wissen, Köln 1985.

### Hinweis der Redaktion:

Der Autor dieses Beitrages, Dr. Gerhard Voss, ist Referatsleiter im Institut der deutschen Wirtschaft, zuständig für industrielle Entwicklung.

Im Rahmen der Aktion „Mit uns für eine lebenswerte Zukunft“ hat die CDU ein kleines Aktionshandbuch unter dem Titel „Umweltaktionen von A bis Z“ herausgegeben. Wer sich dafür interessiert, schreibt bitte an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn.



er von uns wird Weihnachten  
recht feiern?

Wer alle Gewalt, alle Ehre,  
alles Ansehen, alle Eitelkeit,  
allen Hochmut, alle Eigenwilligkeit  
endlich niederlegt an der Krippe,  
wer sich hält zu den  
Niedrigen und Gott allein  
hoch sein läßt.

Dietrich Bonhoeffer

## Jahresversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CSU

Nürnberg. Neue Techniken schaffen neue Arbeitsplätze. Diese Meinung hat der Evangelische Arbeitskreis der CSU (EAK) am Samstag, dem 12. Oktober 1985, bei seiner Jahresversammlung in Nürnberg vertreten. Wachstum und Fortschritt müßten jedoch vernünftig fortentwickelt werden, betonte der Präsident des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Pfarrer **Karl Heinz Neukamm** (Stuttgart). Die Probleme der Kernenergie ließen erkennen, „wie unerläßlich es ist, jeden weiteren Schritt in unbekannte Bereiche der Technik sorgfältig zu bedenken und öffentlich zu begründen“. Neukamm zeigte sich dankbar für das „soziale Sicherungssystem“, bezeichnete aber die andauernde Arbeitslosigkeit als „großen Grund zur Sorge“. Auftrag der Kirche und ihrer Diakonie bleibe es, sich aller Schwachen der Gesellschaft anzunehmen. Deshalb müßten sie „den Parteien und Politikern in den Ohren liegen“ mit der Forderung, sich um diejenigen zu kümmern, die durch das soziale Netz fallen; gerade auch im Blick auf jene, die durch neue Techniken ihren Arbeitsplatz verlieren können. Viele Probleme seien, so der Diakonienpräsident, nicht allein mit Geld zu lösen. Christen sollten für die Schwächsten der Gesellschaft zusätzlich auf ihre Weise sorgen: mit der „Gabe des wärmenden Wortes“, mit zupackenden Händen und damit, erst selbst Beispiele zu geben, bevor sie an andere appellieren.

Der EAK-Landesvorsitzende, Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger**, Mitglied der Landessynode, bedauerte die „sehr zwiespältige Haltung“ der evangelischen Kirche zu neuen Techniken und meinte, es bleibe allein die Frage, wie „verantwortungsbewußt der Mensch, die Gemeinschaft, Politik und Regierung“ seien, dafür zu sorgen, daß diese Techniken nicht zum Fluch sondern zum Segen werden. Die Politik könne und dürfe kein Interesse an der Massenarbeitslosigkeit haben. Alle Notfälle müßten jedoch aus der Situation heraus gelöst werden und „nicht durch Kampf auf der Straße“. Bei der Versammlung ließ der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, **Heinrich Franke**, keinen Zweifel daran, daß neue Techniken im gesamten Arbeitsleben „neue Gestaltungsräume schaffen können“. Zukünftig würden jedoch mehr Flexibilität und noch bessere Qualifizierung der Arbeitnehmer gefordert. Deshalb stünden auch 1986 ver-

stärkt Finanzmittel bereit, mit denen 240000 Menschen weitergebildet werden können.

**Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, ALBRECHT MARTIN, richtete folgendes Grußwort an die Jahresversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der Christlich Sozialen Union in Nürnberg:**

„Der Evangelische Arbeitskreis der Christlich Sozialen Union hat im Rahmen seiner Jahresversammlung mit dem Thema „Neue Techniken – neue Arbeitsplätze“ ein Problem aufgegriffen, das bereits seit den 70er Jahren alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte und insbesondere auch die Kirchen beschäftigt. Dies ist um so mehr zu begrüßen, als die Diskussion um die neuen Technologien und ihre Wirkungen zum Teil sehr kontrovers geführt wird. Auf allen Ebenen des politischen und kirchlichen Lebens müssen wir uns bemühen, zu einer Beruhigung und Versachlichung dieser Auseinandersetzung beizutragen.

Technischer Fortschritt und der damit verbundene wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel haben stets die Anpassungsfähigkeit der Menschen herausgefordert. Wir wissen, daß neue Techniken Arbeit von Menschen übernehmen und auch in der Zukunft übernehmen werden. Dies hat nicht zuletzt positive Aspekte: Die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, das Freiwerden des Menschen für andere Dinge im Leben, die gesundheitlichen Verbesserungen am Arbeitsplatz und vieles andere mehr haben das Arbeitsleben durch die Techniken humaner gestaltet. Zweifellos hat es in der Geschichte kurz- bis mittelfristig auch Freisetzungen gegeben. Langfristig aber konnte technologiebedingte Arbeitslosigkeit immer wieder in anderen volkswirtschaftlichen Bereichen aufgefangen werden. Es gibt wohl kein besseres Beispiel als die Situation der Bundesrepublik Deutschland bis zu Beginn der 70er Jahre.

Eine Grundvoraussetzung aber für die Bewältigung vorübergehender technologiebedingter Beschäftigungslosigkeit ist, daß die Menschen sich den Anforderungen des Wandels stellen und optimistisch an die Lösung der aktuellen Probleme herangehen. Und hier liegt zweifelsohne auch eine Aufgabe der Kirchen: Entscheidend ist, die Bereitschaft des Menschen zur Veränderung zu wecken und dem einzelnen im Rahmen der seelsorgerischen Aufgabe dabei zu helfen, sich neuen Aufgaben und Beschäftigungsfeldern zu stellen. Es entspricht durchaus christlicher Haltung, auch

im wirtschaftlich-technischen Bereich über den Tag hinaus zu denken. Dies ist unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Volkswirtschaft, die Mittel des technischen Fortschritts auch zur langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze auszunutzen.

In der sicheren Erwartung, daß der Evangelische Arbeitskreis der Christlich Sozialen Union alle diese Aspekte intensiv diskutiert und mitbedenkt und daß er damit einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit leistet, wünsche ich der Veranstaltung viel Erfolg und eine breite Öffentlichkeitswirkung.“

## Politik und Kirche

**Bad Soden.** Vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU hielt der Staatsminister beim Bundeskanzler, **Friedrich Vogel**,



eine vielbeachtete Rede zum Thema „Politik und Kirche – der evangelische Christ im Staat des Grundgesetzes“. Das Thema ist aktuell, weil die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) am 17. Oktober eine Denkschrift zum Thema „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ veröffentlichte. Minister Vogel gehört der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD an, in der diese Denkschrift entstand. So konnten die 75 Mitglieder und Gäste des EAK eine klare Stellungnahme des CDU-Spitzenpolitikers Friedrich Vogel erwarten, die nach den Worten des EAK-Kreisvorsitzenden Dr. **Stöckigt** von grundsätzlicher Bedeutung ist und dem Dialog Kirche – Staat auch auf der kommunalen Ebene neue Impulse gibt.

Vogel zog folgende Bilanz: Zu den Aktivposten gehören:

1. Das Bekenntnis der evangelischen Kirche zu unserem Staat, nicht etwa weil er ein „christlicher Staat“ wäre, sondern weil die Demokratie mehr als andere Staatsformen für die Mitverantwortung der Christen und für den Beitrag der Kirchen offen ist.

2. Unser Staat garantiert den Kirchen ein umfassendes Selbstbestimmungsrecht in eigenen Angelegenheiten. Vor allem die Rechtsprechung – insbesondere das Bundesverfassungsgericht – hat immer wieder verhindert, daß durch eine zu enge Auslegung des Begriffs „eigene Angelegenheiten“ kirchliche Freiheiten eingeengt werden.

3. Auch die Politik hat viel zum positiven Verständnis der Kirchen beigetragen. Äußerungen aus dem kirchlichen Raum werden gehört und als Orientierungshilfen aufgenommen, z. B. die gemeinsame Erklärung zum Umweltschutz „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“.

4. Die Überwindung konfessioneller Gegensätze in der Ökumene der Nachkriegszeit, auch die Überwindung des Konfessionalismus in der Politik, der in der Gründung der Unionsparteien sichtbaren Ausdruck fand, hat zum Abbau von Mißtrauen gegenüber politischen Exponenten der jeweils anderen Konfession beigetragen.

Der weniger erfreuliche Teil der Bilanz:

1. Politischer Aktionismus, der sich aus prinzipiellem Mißtrauen, sogar aus Verachtung gegenüber unserem Staat und seinen Repräsentanten speist.

2. „Nachträglicher Kirchenkampf“ mit bunt gemischten Gründen und Anlässen wie Volkszählung, Nachrüstung, Kraftwerke u. a. m. führen zu einer unseligen Polarisierung in der evangelischen Kirche, mancherorts zum offenen Eklat.

Aufgrund der positiven Bilanz setzte sich Staatsminister Friedrich Vogel dann mit folgenden Fragen auseinander:

- Gibt es im demokratischen Staat ein Recht auf Widerstand?
- Wo liegt die Grenze des politischen Mandats der Kirche?
- Auf welchen Gebieten sollten Kirche und ihre Amtsträger ein Wächteramt gegenüber Politik und Politikern wahrnehmen?

Vogel führte aus, daß es ein Widerstandsrecht ausschließlich für den Fall eines Staatsstreiches gibt. Unbestrittenermaßen lag noch nie eine solche Situation vor. Von den politischen Aktionisten in der Kirche werde gleichwohl ein Widerstandsrecht gepredigt, das Recht des „bürgerlichen Ungehorsams“. Nach Vogels Worten gibt es dafür überhaupt keinen Bedarf, etwa zu Steuerboykott, Nötigung durch Sitzblockaden, Hausfriedensbruch durch Haus- und Bauplatzbesetzungen. Denn in unserem Grundgesetz sind ausreichende Minderheitsrechte verankert, so daß es nicht dieser Provokationen und Gesetzesverstöße bedarf. Minderheiten genießen geradezu privilegierte Positionen, weil sie

sich des größten Interesses der Medien sicher sein können.

Vogel wandte sich gegen eine weit verbreitete Ansicht, daß aus der Bibel unmittelbar Handlungsweisungen gewonnen werden könnten. Für die Politik gilt: „Die christliche Ethik, deren Kernstück die Aufforderung zur Nächsten- und Feindesliebe bildet, muß mit Hilfe der menschlichen Vernunft in praktisches Handeln umgesetzt werden“. Wohl gibt es eine spezifische Kompetenz der Kirchen und des Christen für die Beantwortung der Frage nach den Inhalten christlicher Ethik, es gibt jedoch keine spezifische Vernunft, die uns in jedem Einzelfall verlässlich den Weg zum einzig richtigen Handeln weist.

#### Landestagung des EAK der CDU Rheinland

**Sieburg.** Ohne Wehmut fand die letzte Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland in Sieburg statt. Die bevorstehende Fusion der beiden Landesverbände wird nach einhelliger Auffassung der Delegierten und zahlreicher Gäste auch dem EAK verbesserte Voraussetzungen zur Erfüllung seines Auftrags bieten.

Zum Auftakt der Landesversammlung hielt Bundesminister Dr. **Riesenhuber** zum Thema „Technischer Fortschritt – Segen oder Fluch?“ ein brilliant formuliertes und überaus inhaltsreiches Grundsatzreferat, das zu einer intensiven Diskussion führte. Riesenhuber gab einen Abriss europäischer Technik und ihres geschichtlichen Selbstverständnisses, auf dessen Hintergrund er die Frage nach dem Defizit der Technikbewältigung bei den meisten Vertretern der Geisteswissenschaften unserer Zeit, einschließlich der Theologen, stellte. Er forderte als Christ in der Verantwortung für die Lösung der uns weltweit aufgegebenen Probleme eine neue Ursprünglichkeit in der Erfassung der Fragestellungen. Voraussetzung hierfür sei eine im christlichen Glauben und Selbstverständnis verankerte Offenheit und Hoffnungsbereitschaft.

In der Gentechnik bedeutet dies, daß jeder wissenschaftlichen Fragestellung nachzugehen ist, allerdings mit der aus christlicher Grundanschauung resultierenden Einschränkung, daß der Mensch – auch der Embryo ist Mensch und nicht ein Zellhaufen – nicht zum Objekt der Forschung denaturiert werden darf. Ob und wie die Ergebnisse dieser Forschung anzuwenden sind, etwa bei Eingriffen an Menschen zur Verhinderung von Erbkrankheiten an ihren Nachkommen, entscheidet sich außerhalb der Wissenschaft. Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, die Normen des Handelns aus eigener Verantwortung zu finden. Riesenhuber warnte davor, dem Staat als Gesetzgeber in diesen Bereichen eine umfassende Kompetenz zuzubilligen

oder zuzumuten. Der Staat sei nie Quelle der Moral, er könne nur – in Grenzen – ihr Hüter dort sein, wo die Gemeinschaft gefährdet werde, wenn ihr keine Grenzen gesetzt werden.

Für eine Politik der geistig politischen Erneuerung trat Landtagsvizepräsident Dr. **Hans-Ulrich Klose**, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU des Rheinlandes, ein. Die Politik der geistigen Wende, die mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Union eingeleitet worden sei, müsse fortgeführt und vollendet werden. Klose erklärte: „Tatsächlich bewegt die Frage nach der geistigen Wende der Politik der Union mehr Menschen, als dies in der Erörterung aktueller politischer Tagesfragen zum Ausdruck kommt. Vor allem Menschen, die ihrer christlichen Glaubensüberzeugung treu geblieben sind, fragen: ‚Geht die Politik der politischen Wende weiter? Wo ist sie bisher wirksam geworden? Hat sie überhaupt stattgefunden?‘“ Hierzu sei festzustellen, daß mit dem Wechsel der Regierungsverantwortung von der SPD/FDP Regierung auf die Koalition der Mitte unter Führung der Union eine politische Wende stattgefunden und die geistige Wende eingeleitet worden ist. Wer dies bestreite, übersehe, daß die Union die politische Verantwortung zu einem Zeitpunkt übernommen habe, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland und die Gesellschaft dieses Staates in einem Zustand der Erschöpfung befunden habe.

Allerdings sei die Politik der Erneuerung erst eingeleitet. Über die Anfänge hinaus müsse sie vollendet werden. So sei die Umkehr in der Finanzpolitik vollzogen und erstmals wieder gesichert, so daß staatliche Aufgaben nicht durch eine ständig ausgeweitete Verschuldung zu Lasten kommender Generationen finanziert würden. Die Union sei mit dieser Politik dem von ihr selbst gesetzten Anspruch des verantwortlichen Umganges mit dem Geld des Steuerzahlers gerecht geworden. Ein Neuanfang sei in der Familienpolitik mit der Einführung des Erziehungsgeldes vollzogen. Die von der CDU geführte Bundesregierung habe den Auftrag und als demokratisch legitimierte Führung auch die Vollmacht, die geistigen und ideellen Perspektiven ihres politischen Handelns zu erklären, ja sie habe die Pflicht, die geistigen Ziele, die ihren Auftrag bestimmen und die sie anstrebt, deutlich zu nennen. Sie habe die von ihr zu lösenden Probleme geistig zu erschließen und an den gesetzten geistig-politischen Zielen die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Klose sagte: „Pragmatische Lösungen, technisches Handeln reichen nicht aus, wenn eine Regierung die innere Legitimation behalten will, eine Regierung, die ihrer Verantwortung gerecht werden will, muß den geistig-politischen Führungsanspruch behaupten und immer wieder erneuern.“ Im einzelnen nannte er folgende Aufgaben:

„**Erstens:** Die demokratische Staatsordnung bedarf immer wieder der rechtfertigenden Zustimmung. Da der Erfahrungshorizont der Kriegs- und Nachkriegsgeneration schwindet, muß die Auseinandersetzung mit den totalitären Ideologien, Strömungen und Bewegungen von rechts und links immer wieder geführt werden.

**Zweitens:** Die Neubestimmung des Inhalts und der Grenzen des Sozialstaates ist fortzusetzen. Das weitverbreitete Denken nach Ansprüchen, die nach wie vor hohen Erwartungen an die völlige Versorgung aller Bürger durch den Staat muß überwunden werden.

**Drittens:** Die Frage nach der nationalen Identität, die immer mehr junge Menschen stellen, muß beantwortet werden, damit wir Klarheit über die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt gewinnen können.

**Viertens:** Erforderlich ist, daß wir unseren kulturellen Standort neu bestimmen. Das bedeutet, daß wir uns mit den Folgen der verfehlten Kulturpolitik der 70er Jahre auseinandersetzen müssen.

**Fünftens:** Zur Politik der Erneuerung gehört auch die Erziehung zur Verantwortung, nicht Selbstverwirklichung im Sinne eines ideologischen Konzepts der Emanzipation, also auch der Ausschöpfung aller denkbaren individuellen Rechte, sondern ein sinnerfülltes Leben durch Rechte und Erfüllung von Pflichten, wozu auch der Dienst an der Gemeinschaft gehört, ist die Aufgabe der erneuerten Politik.“

In dieser Auseinandersetzung um die geistige Orientierung auch der eigenen Partei habe der Evangelische Arbeitskreis, wie es seinem traditionellen Auftrag entspricht, die Aufgabe, Motor und Antriebsaggregat zu sein und, wenn erforderlich, auch die Stimme der Kritik zu erheben.

---

#### Für Gespräche und nicht für den Maulkorb

---

Im Oktober reiste der Bundesgeschäftsführer, **ERHARD HACKLER**, durch Südbaden, um vor mehreren EAK-Orts- und Kreisverbänden Vorträge zu halten und gemeinsam mit dem geschäftsführenden Landesvorsitzenden, Dr. **MICHAEL FEIST**, Anregungen für die weitere EAK-Arbeit zu geben.

Neben dem Bodenseekreis, der Ortenau und Waldshut stand auch Denzlingen im Kreisverband Emmendingen auf dem Programm. Aus einer Vielzahl von Presseberichten haben wir den folgenden ausgewählt:

**Denzlingen.** Gegen eine „Verkündigung, die zwischen Parteipolitik und Evangelium keinen Unterschied mehr erkennen läßt“, wandte sich der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Erhard Hackler, auf einer Veranstaltung zu „Aktuellen Fragen

zwischen Kirche und Politik“ in Denzlingen. Die Mitglieder des Arbeitskreises rief Hackler dazu auf, sich stärker als bisher in kirchlichen Gremien zu engagieren und mit „politischen“ Pfarrern das Gespräch zu suchen. Dabei, so Hackler, gehe es jedoch keinesfalls darum, „eine machtpolitische Kirchenstrategie der CDU“ zu verfolgen oder „linksorientierten Pfarrern einen Maulkorb zu verpassen“.

Bereits im Mai habe sich der Bundesvorstand des EAK mit Vertretern des Rates der EKD in Bonn getroffen, um sich über „gegenwärtig im Protestantismus beobachtbare Probleme und Konflikte“ zu unterhalten. Dabei habe man eine zunehmende Polarisierung bei innerkirchlichen Auseinandersetzungen um gesellschaftspolitische Fragen und Entwicklungen festgestellt. Besonders innerhalb der Themenfelder Umwelt, Arbeit, Frieden, Dritte Welt, Theologie der Emanzipation und Solidarität mit Ausländern würden sich gerade politisch sensible Christen „zu Recht engagieren“, häufig jedoch ohne sich hinreichend über die Fakten zu informieren. Während politisch sachverständige Christen eher in den Reihen der SPD und der Union anzutreffen seien, so der EAK-Bundesgeschäftsführer in seinem Einleitungsreferat, finde man den „schlecht informierten Mitchristen im diffusen Umfeld der Grünen“, wo politische Sachverhalte „ideologisch angeheizter und gefühlsbetonter angegangen werden“.

Von einem „fruchtbaren Dialog“ gekennzeichnet sei das Verhältnis zwischen der evangelischen Kirche und der CDU. In Fragen der Deutschlandpolitik, der Ethik einer Sozialen Marktwirtschaft, der Gentechnologie oder der Außenpolitik habe man bei Gesprächen stets sehr offen miteinander diskutiert. Auch „fruchtbare Beeinflussungen von Entscheidungen“ habe es gegeben. Als „Hefe im Teig der Union“ und „wesentliches Standbein“ der Partei bezeichnete Hackler dabei den Evangelischen Arbeitskreis.

Kirchentage, so Hackler, seien für Staat und Gesellschaft längst zu einer Art „protestantischer Zeitansage mit seismographischer Frühwarnfunktion“ geworden. Die Verantwortlichen innerhalb der EKD forderte Hackler auf, zu berücksichtigen, daß die evangelische Kirche „eine Volkskirche in einer parlamentarischen Demokratie mit unterschiedlichen politischen Anschauungen ist“. Nicht zuletzt auf dem vergangenen Kirchentag habe man erkennen können, daß der ungebrochene Fortschrittsglaube einer neuen Nachdenklichkeit gewichen sei. Für die CDU bezeichnete Hackler es als eine „Überlebensfrage“, dies und das sichtbare verstärkte „Setzen auf die Basis“ zu erkennen. Neben der „Kirche als Institution“ habe sich inzwischen eine Art „Kirche als Bewegung“ etabliert.

Als „baren Unsinn“ bezeichnete Hackler Vorwürfe, die CDU würde eine „machtpoli-

tische Kirchenstrategie“ verfolgen, um linksorientierten Pfarrern einen „Maulkorb“ zu verpassen. Man habe sich jedoch stets gegen ein „Umfunktionieren von Predigten in Politreden“ und den Mißbrauch von Talaren bei Demonstrationen und politischen Kundgebungen gewandt. Gute Predigt, so der Referent, sei „allemaal politisch, läßt aber Alternativen erkennen und ist nicht parteipolitisch“.

„Politische Predigten“ standen auch im Mittelpunkt der abschließenden Diskussionsrunde, an der sich auch Pfarrer aus dem Kirchenbezirk beteiligten. Daß „Predigten nicht im luftleeren Raum entstehen“, sondern auch Konsequenzen für das politische Alltagsleben haben müssen, darauf verwies **Dekan Hansjörg Ehrke**. Es sei nicht nur schwierig, die Grenzen festzulegen, wo die Beschäftigung mit politischen Fragen der Zeit übergehe in konkrete Politik, bestimmte Felder und Themen seien auch bereits politisch vorbelastet und dadurch „gefühlsmäßig besetzt“. Die Bibel, so Ehrke, sei auch sozialkritisch und herausfordernd, weshalb man kritisches Anfragen von Seiten eines Theologen nicht gleich als Parteipolitik werten dürfe.

Der geschäftsführende Landesvorsitzende des EAK Baden, **Michael Feist**, hatte sich zuvor dafür ausgesprochen, als Christen innerhalb der Kirche mitzuwirken und die Bedeutung dieses Christseins auch in der Union deutlich zu machen. Gleichzeitig gelte es, der Kirche stets bewußt zu machen, wo ihr Auftrag und ihre Grenzen liegen. „Die Verkündigung der Kirche“, so Feist, „hat in jedem Fall bibelgemäß auszusehen“.

---

#### „Kirche im Sozialismus“

---

**Soltau-Fallingbostal.** Nachdem sich der EAK-Kreisverband Soltau-Fallingbostal kürzlich mit der politischen und kirchlichen Situation in Südafrika befaßt hatte, widmete er sich jetzt der Frage des Verhältnisses von Kirche und Sozialismus allgemein und der Situation in der DDR besonders.

Als kundiger Referent war **Hans-Christian Maaß**, Leiter der Heimvolkshochschule Barendorf, gewonnen worden. Der Pfarrerssohn aus der DDR – nach zweijähriger Haft jetzt seit 11 Jahren in der Bundesrepublik – erarbeitete sehr gründlich und lebendig die geschichtliche Entwicklung in der UdSSR ab 1917, um dann die Linie auszuziehen und die Situation in der DDR ab 1949 zu schildern.

Die Kirchenpolitik des Staates sei durchaus nicht einheitlich gewesen, sondern habe „je nach politischem Bedarf“ unterschiedliche Arbeitsmöglichkeiten geboten. Heute gebe es unter den jungen Menschen eine neue Bewegung hin zur Kirche.

Die Erkenntnis, daß die Grundfragen menschlichen Lebens nicht von einer Ideo-

Wochenendseminar des EAK-Niedersachsen (KV Soltau-Fallingbostel) und der Nieders. Luth. Heimvolkshochschule Hermannsburg, 3. bis 5. Januar 1986

Thema: **Strukturwandel der Landwirtschaft – Veränderung oder Ende des Dorfes?**

– Soziologische Konsequenzen für das Dorf – Herausforderungen an Politik und Kirche –

Referenten: Prof. Dr. Ulrich Plank, Stuttgart-Hohenheim  
Dr. Martin Müller, Hermannsburg

Superintendent Volker Jürgens, Buxtehude  
Karl-Dieter Oestmann, CDU-Landtagsfraktion

Informationen und Anmeldung: **Gustav Isernhagen, MdL**  
Feldstraße 13, 3046 Wietzendorf, Telefon 05196/1333

logie, sondern nur im Glauben beantwortet werden könnten, setze sich bei vielen durch.

Ein lebendiges Gespräch unter den Teilnehmern – vielen Pastoren und Kirchenvorstehern – schloß sich an. Hans-Christian Maaß, der in Barendorf bei Lüneburg mit dem Schwerpunkt Deutschlandpolitik arbeitet, hat zahlreiche Studienfahrten in die DDR geführt und wurde immer wieder auch auf die Möglichkeiten kirchlicher Partnerschaften angesprochen.

**Gustav Isernhagen**, MdL, der durch den Abend führte, hat angekündigt, daß der EAK-Kreisverband Soltau-Fallingbostel

beabsichtige, 1986 eine solche Reise mit Maaß durchzuführen.

#### Jahreshauptversammlung des EAK-Wesel

**Wesel.** Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung des EAK des CDU-Kreisverbandes Wesel referierte Oberstudienrat Wolfgang Hemkens über das Thema „Religiöse Orientierungslosigkeit und Suche nach Ersatzreligionen“. Besonders die junge Generation beklage mangelnde Zukunftsgeborgenheit und Sinnverlust.

Der EAK-Vorsitzende Dr. **Dieter Beisecker** gab anschließend einen Bericht über die Arbeit der vergangenen zwei Jahre. Neben zahlreichen Informationsveranstaltungen war die mehrtägige Busfahrt von Mitgliedern des EAK zu den Gedenkstätten Martin Luthers aus Anlaß des Lutherjahres der Höhepunkt.

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurde Dr. Beisecker erneut zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind: **Wolfgang Hemkens**, **Marianne Thoma** und **Katharina Höchst**.

Zum Pressesprecher wurde einstimmig **Willy Pillekamp** gewählt.

## Leserbrief

In der Oktoberausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ haben wir uns schwerpunktmäßig mit der Diskussion um den Schutz des ungeborenen Lebens auseinandergesetzt. Als Reaktion darauf erhielten wir eine Reihe von Zuschriften. Bei dieser Gelegenheit möchten wir unsere Leser darauf hinweisen, daß, wegen des begrenzten Raums der uns zur Verfügung steht, ein kürzerer Brief größere Chancen hat, veröffentlicht zu werden. Daher können wir diesmal leider nur die Zuschrift des Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, **Claus Jäger**, abdrucken:

„Dankenswerterweise hat sich die ‚Evangelische Verantwortung‘ des Themas ‚Schutz des ungeborenen Lebens‘ angenommen und damit einen wichtigen Beitrag zu der immer mehr in Gang kommenden Diskussion in der Union über dieses Thema geleistet. Vermißt habe ich in der Oktober-Nummer allerdings einen Hinweis auf die Beschlüsse des CDU-Landesparteitags Baden-Württemberg in Offenburg vom Juli dieses Jahres, zumal hier nicht bloß ein Papier gemacht sondern von der

Landesregierung inzwischen entschlossen gehandelt worden ist.

Ebenso vermißt habe ich in den verschiedenen Beiträgen zum Thema ‚Schutz des ungeborenen Lebens‘ einen Hinweis auf das Regierungsprogramm der Bundesregierung für diese Legislaturperiode. In seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 hatte Bundeskanzler Kohl wörtlich ausgeführt: ‚Wir müssen mehr tun für den Schutz des ungeborenen Lebens. Unser Beitrag soll sein:

- der Familienlastenausgleich
- eine Erleichterung des Adoptivrechts
- und gemeinsam mit den Ländern eine erweiterte Beratung und Hilfe für schwangere Frauen.

Es ist umstritten, Schwangerschaftsabbrüche wegen einer Notlagenindikation mit Steuergeldern und Krankenkassenbeiträgen zu finanzieren. Das Bundesverfassungsgericht befaßt sich zur Zeit mit diesem Thema. Wir haben das Urteil abzuwarten, und wir werden dann die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Von diesem Programm sind bisher der Familienlastenausgleich und Hilfen für schwangere Frauen in Form der Bundes-

stiftung ‚Mutter und Kind‘ verwirklicht. Das sind aner kennenswerte Leistungen, die nicht verkleinert werden dürfen.

Aber es stehen noch aus die Erleichterung des Adoptivrechts und die gemeinsam mit den Ländern zu betreibende erweiterte Beratung der schwangeren Frauen. Vom ersteren Programmpunkt hat sich die Bundesregierung leider losgesagt, für den zweiten liegt noch gar kein Konzept vor; lediglich Baden-Württembergs Landesregierung hat hier bisher gehandelt und die von Rheinland-Pfalz hat einen Bundesratsvorstoß gemacht.

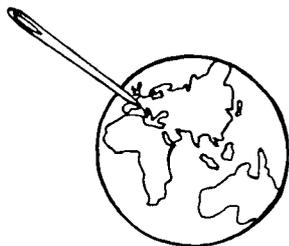
Die Konsequenzen aus dem inzwischen ergangenen, rein formalen Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die eigentlich nur darin bestehen können, durch ein Normenkontrollverfahren ein Urteil in der Sache selbst herbeizuführen, sind bisher nicht gezogen.

Es ist also noch einiges zu tun, wenn die Bundesregierung ihr selbst gestecktes – bescheidenes – Ziel auf dem Gebiet des Schutzes des ungeborenen Kindes in dieser Legislaturperiode erreichen will.“

Claus Jäger, MdB, Wangen i. A.

Frank Schulz

## weiter gedacht oder durch ein Nadelöhr im Kopf



Aphorismen  
Metaphern  
Satire

Frank Schulz, „Qual der Wa(h)l“. Ein Buch mit Meditationen, Gedichten und Liedtexten. Erschienen im Frank R. Walther Verlag, Bonn, DM 10,-

Auf 80 Seiten wird über Themen wie Liebe und Hoffnung in bezug auf und herkommend von Menschen und Gott nachgedacht. Aber auch über Krankheit und Tod wird offen gesprochen. Vom selben Autor: „Weiter gedacht oder durch ein Nadelöhr im Kopf“, eine Sammlung tief sinniger Satire. Kurze Sprüche und viel Platz auf jeder Seite, den der Leser mit eigenen Gedanken füllen kann. DM 7,-

Wulf Schönbohm, Die CDU wird moderne Volkspartei, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart, 58,-DM

Seit 1950 – als sich die unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges gegründeten Landesverbände der CDU als Bundespartei in der Bundesrepublik Deutschland konstituierten – haben sich Selbstverständnis und Mitgliederstruktur, Organisation und Apparat dieser im Nachkriegsdeutschland neuartigen, sogleich erfolgreichen politischen Partei erheblich gewandelt. Heute entspricht die CDU dem Bild einer „modernen Volkspartei“, die nicht nur nach Programmatik und Personalangebot schichtenübergreifende Integration verspricht, sondern auch tatsächlich durch ihre hohe Mitgliederzahl, durch Ausgewogenheit ihrer Mitgliederstruktur, durch aktive Organisation vor Ort wie schlagkräftigen Apparat an der Spitze in der Lage ist, unabhängig von Regierung und Opposition eigenständige politische Funktionen wahr-

zunehmen. Diesen langen Weg zur modernen Volkspartei beschreibt Wulf Schönbohm erstmals aufgrund einer umfassend angelegten Auswertung parteiinterner Dokumente sowie statistischer Daten:

War die Partei in den fünfziger Jahren in erster Linie Hilfsorgan für Bundesregierung und Bundestagsfraktion, so begann in den sechziger Jahren die mitunter mühsame Abkehr vom Selbstverständnis als „Kanzlerwahlverein“. Noch in den ersten Jahren der Opposition verstand sich die CDU als „Regierungspartei im Wartestand“. Erst die verlorene Bundestagswahl 1972 schuf die inneren und äußeren Voraussetzungen, daß sich die Parteiorganisation endgültig aus ihrer Abhängigkeit von Regierung und Parlamentsfraktion löste und zum selbständigen Zentrum für Koordination und Integration der Politik der CDU in Bund und Ländern, Städten und Kreisen wurde.

Der Autor:

Wulf Schönbohm, Jahrgang 1941, Studium der Politologie, Soziologie und Philosophie in Berlin und Bonn, Promotion in Politischer Wissenschaft an der Universität Bonn. Zahlreiche Aufsätze zu Fragen der Demokratie-Theorie und der politischen Parteien, Mitherausgeber der Zeitschrift SONDE.

Wichtigste Veröffentlichungen:

„CDU – Portät einer Partei“ (1979); „Für eine humane Gesellschaft“ (zusammen mit M. Wissmann, 1976); „CDU-Programmatik. Grundlagen und Herausforderungen“ (zusammen mit G.E. Braun, 1981).

Werner Lachmann: Ausweg aus der Krise, Fragen eines Christen an Marktwirtschaft und Sozialstaat, R. Brockhaus Verlag (Wuppertal), 75 Seiten, 5,95 DM.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise der Bundesrepublik Deutschland hat ihren Ursprung in der ethisch-moralischen Krise des einzelnen, der in diesem Staat lebt. Zu dieser Analyse gelangt der Mainzer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Werner Lachmann in seinem Buch „Ausweg aus der Krise“. Als bewußter Christ stellt der Volkswirtschaftler kritische Fragen an Marktwirtschaft und Sozialstaat und vergleicht die Grundstrukturen der sozialen Ordnung in der Bundesrepublik mit den Maßstäben der Bibel. Dabei stellt er komplizierte wirtschaftliche Zusammenhänge in einer für Laien verständlichen Weise dar, die es dem Leser ermöglicht, sich über eigene, oft unreflektierte Ansichten bewußt zu werden, und sie anhand einer Vielzahl von Fakten zu überprüfen.

Ausgehend von einer Darstellung der kritischen Weltwirtschaftssituation, in der

unter anderem Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsverschuldung – „Jeder Bundesbürger, vom Baby bis zum Rentner, war im Jahre 1983 mit mehr als 10000 DM verschuldet“ – grundlegende ökonomische Probleme darstellen, untersucht Lachmann verschiedene wirtschaftliche Lösungskonzepte wie die Zentralverwaltungswirtschaft und die Marktwirtschaft. Das Scheitern sowohl der sozialen „kollektiven“ wie auch der gelenkten „individualistischen“ Marktwirtschaft, in deren Mitte die Position der Bundesrepublik liegt, haben ihre Hauptursache im Verlust einer moralischen Grundausrichtung, folgert der Volkswissenschaftler. Durch Verweise auf eine Vielzahl wissenschaftlicher Forschungsergebnisse untermauert der Autor seine These und gelangt zur zentralen Aussage: „Der Mangel an Gotteserkenntnis zerstört demnach die Moral.“ Der Ansatz zur Überwindung dieser Krise kann, so Lachmann, nur in einem Umdenken einzelner liegen, das sich dann jedoch gesamtgesellschaftlich und vor allem im wirtschaftlichen Bereich auswirken wird. Aufschlußreich sind die konkreten Beispiele, durch die der Wirtschaftswissenschaftler zeigt, wie ein geistlicher Ausweg aus der gesellschaftlichen Krise aussehen könnte. Dabei betont er besonders die Funktion der Kirche, die, statt sich in politischem Aktivismus zu verlieren, vielmehr die ihr eigene seelsorgerische Aufgabe wieder wahrnehmen und dazu beitragen sollte, die biblische Gotteserkenntnis in der Bundesrepublik Deutschland und somit die verlorene Moral wieder herzustellen.

Weder Resignation über die krisenhafte wirtschaftliche Lage noch ein kurzsichtiges Verharren bei der Umkehr des einzelnen sind Ergebnisse von Lachmanns Überlegungen. Vielmehr macht er konkrete gesamtgesellschaftliche Änderungsvorschläge, beispielsweise im Bereich der Steuerstruktur, der Vermögensverteilung oder der Bildung von Wohnungseigentum, die aber alle die radikale Umkehr einzelner in einem Staat voraussetzen. Damit beweist der Autor Mut, bisher akzeptierte soziale und wirtschaftliche Systeme zu kritisieren. Das kleine Buch ist eine längst

### Berichtigung

Leider ist uns in der EV 11/85 ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Der Autor des Beitrages „Marktwirtschaft oder Kommandowirtschaft?“, Werner Steinjan, ist **Ministerialdirigent a.D.** und nicht Ministerialrat a.D., wie wir versehentlich schrieben.

fällige Stellungnahme eines Experten zur gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation, die vor allem Christen in Entscheidungspositionen zur Kenntnis nehmen sollten.

Gerd Sander

**„Soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, die Sozialversicherung – System, Rechte, Leistungen“, Dr. Jürgen Spinnarke, 3., überarbeitete Auflage, 1985, 142 Seiten, kartoniert, 9,80 DM, C.F. Müller Juristischer Verlag GmbH, Heidelberg.**

Sozialpolitik und Sozialrecht sind schon lange keine Domänen mehr für einen kleinen Kreis Eingeweihter. Vielmehr sieht sich heute jeder mit einer Fülle von Fragen und Problemen konfrontiert, die irgendwie mit dem Sozialleistungssystem zusammenhängen. Gibt es doch keine Zeitungsausgabe, keine Rundfunk- und Fernsehsendung mehr ohne sozialpolitische Themen. Hinzu kommt dann noch die persönliche Betroffenheit; denn der überwiegende Teil unserer Bevölkerung ist direkt oder indirekt von öffentlichen Sozialleistungen abhängig. Dieser Wegweiser soll nun – im wahrsten Sinne des Wortes – dem interessierten und betroffenen Bürger einen Weg weisen durch die recht komplizierte Organisations- und Rechtsstruktur der sozialen Sicherheit. Dabei geht es in erster Linie darum, unbelastet von Spezialwissen und juristischen Streitfragen, die wichtigsten Leitlinien und Konturen des ganzen Systems darzustellen. Die 3. Auflage berücksichtigt die neuen, einschneidenden Maßnahmen des Jahres 1984.

**Lothar Gassmann: Die Grünen – eine Alternative? Kritische Überlegungen, Hänssler-Verlag, Neuhausen-Stuttgart, 1986; 140 Seiten; 9,80 DM.**

Das merkt man Zeile für Zeile: Da schreibt einer, der weiß, wovon er spricht. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und „Die Grünen“ gewählt. Von 1977 bis 1982 gibt es zahlreiche Flugblätter, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Tübinger Doktorand eine fundierte „kritische Überlegung“ vor und fragt: „Die Grünen – eine Alternative?“.

Dabei bietet Gassmann neben seinen Insider-Kenntnissen fraprierende Zitate und entlarvende Belege. Grüne Philosophie wächst nicht auf Bäumen, sondern wird von Menschen in ganz bestimmter weltanschaulicher Tradition gemacht. Sein Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, mit christlichem Gedankengut schlechterdings unvereinbar.

Sein „Finger weg für Christen“ begründet der Ex-Grüne überzeugend. In einem historischen Rückblick zeigt er Wurzeln

und Geschichte der grünen Bewegung auf. Hier werden Namen und Fakten genannt, die zu denken geben. Redenausschnitte, Programmauszüge und Pressezitate belegen seine Grundthese: Die wesentlichen Positionen der Grünen lassen für Christen keinen Raum für Mitarbeit.

Ausführlich schildert Gassmann die Philosophie dieser Bewegung und vergleicht sie mit den Grundaussagen des christlichen Glaubens. Schließlich stellt er der grün-idealistischen Naturschwärmerei und bunt-illusionären Utopien den „christlichen Realismus“ gegenüber. Dabei bleiben Umweltschutz und Schöpfungsverantwortung nicht ausgeklammert, werden aber um die Bereiche „Innenweltschutz“ und Hoffnung ergänzt. Abschließend beleuchtet Gassmann thesenartig die Grundzüge des Neomarxismus der Frankfurter Schule und konfrontiert sie mit den biblischen Thesen des christlichen Glaubens.

Es bleibt also nicht bei bloßer Kritik. Der Theologe Gassmann bringt eine „biblische“ Alternative zur (grünen) Alternative. Die Auflagenhöhe dieses Buches wird zeigen, wie tolerant jene Kreise nun wirklich sind, die im kirchlichen, pädagogischen und politischen Bereich dieses Wort permanent im Munde führen. Denn vorbei kann an Gassmann Buch, das übrigens durch ein fleißiges Anmerkungs- und Literaturverzeichnis ergänzt wird, kein ernsthafter Diskutant der Grünen.

Was für die SPD die Exgenossen Schwan und Steinbuch, das ist Lothar Gassmann nun für die Grünen: ein profunder Kenner mit entlarvenden Insiderkenntnissen. Wenn die Grünen mit ihrer „Fünf-vor-zwölf-These“ Stimmen fangen, dann ist es bereits eins vor zwölf für dieses Buch.

Peter Hahne

### *sage da einer*

*in meineh tagen gesehen  
frankfurts opernhaus  
in schutt und scherben  
und nicht nur dies.  
danach die tauben  
im hohlen gemäuer  
es nistet der mond.*

*in meinen tagen gesehen  
dresdens oper  
mit zerbrochenem leib  
und nicht nur sie.  
danach durch jahre  
die zeichen des todes gelesen  
an jeder wand.*

*in meinen tagen gesehen  
beide erstehen  
vierzig jahre danach  
auf ein gutes wort.  
sage da einer  
es gäbe nichts  
zu danken in diesem land.*

*hans staiger*

**Heinrich Albertz, Heino Falcke, Günter Gaus, Stephan Hermlin, Manfred Stolpe, Richard von Weizsäcker, Deutsches Gespräch,**

**Dialoge und Reden vom Kirchentag in Düsseldorf, herausgegeben von Gerhard Rein. Mit Fotos, 120 Seiten, kt. DM 12,80.**

Das Buch dokumentiert erstmals und ungekürzt die im Juni beim Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf vor vielen tausend meist jungen Zuhörern geführten Gespräche. Bekannte Deutsche aus der DDR und der Bundesrepublik tauschen ihre Erfahrungen und Einsichten in bezug auf Deutschland und seine Zukunft miteinander aus. Erstmals gedruckt wird auch der Vortrag eines der Vordenker der evangelischen Friedensarbeit in der DDR, Heino Falcke. Die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker über „Die Deutschen und ihre Identität“ gehört zum Thema und ist deshalb ebenfalls aufgenommen (vgl. „Evangelische Verantwortung“ 8/85).

Das „Deutsche Gespräch“ von Düsseldorf hat, gerade auch in der DDR, große Aufmerksamkeit erregt. Die evangelische Kirche in der DDR und ihr Drängen auf Wahrnehmung der geschichtlichen und Friedensverantwortung der Deutschen nach und trotz der Teilung ist immer neu Thema der Medien. Nicht ohne Grund hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in Begleitung von Günter Gaus kürzlich Bischof Hempel und Manfred Stolpe aufgesucht, nachdem er bei Erich Honecker war. Das Deutsche Gespräch geht weiter.

Der Herausgeber und Düsseldorfer Gesprächsleiter Gerhard Rein ist Journalist. Er berichtet für den Süddeutschen Rundfunk und andere ARD-Sender als ständiger Reisekorrespondent über die DDR.

**„Stalins Krieg“, die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik, Ernst Topitsch, Olzog-Verlag, 168 Seiten, kart. 22,- DM.**

Unter dem Titel Stalins Krieg zeigt Ernst Topitsch, Professor an der Universität Graz, daß der Zweite Weltkrieg eine Phase der Verwirklichung einer schon von Lenin 1920 umrissenen, heute noch praktizierten sowjetischen Langzeitstrategie der Unterwerfung der „kapitalistischen“ Welt war. Hitler diente dabei nichtsahnend, befangen im eigenen Bedeutungswahn, dem dämonischen Georgier als Werkzeug. Topitsch erarbeitete dieses Buch nicht aus sensationellen Enthüllungen oder fragwürdigen Geheimdokumenten, sondern aufgrund eines folgerichtigen Durchdenkens bekannter Unterlagen. Er führt zu fraprierenden Schlußfolgerungen, die manchen Leser schockieren werden. Dabei geht es keineswegs darum, Hitler etwa von seiner Schuld am Zweiten Weltkrieg freizusprechen.

Dieses Buch wird heftige Diskussionen auslösen, viel Zustimmung und sicher auch dort Ablehnung finden, wo man von einem tradierten Urteil nicht Abschied nehmen möchte.

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Dr. h. c. Kai-Uwe von Hassel, Bundestagspräsident a. D.; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon: (0228) 544305/6 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf 1 • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

5931\*0100-003896

17/ 10

BLECKMANN, HANS  
FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF \$\$\$

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn  
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

## Dr. Elisabeth Schwarzhaupt zu Ehren

Am 7. Januar begeht das Ehrenvorstandsmitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die ehemalige Bundesministerin für Gesundheitswesen, Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, in Frankfurt ihren 85. Geburtstag. Kirche und Gesellschaft, Staat und Politik, insbesondere aber CDU/CSU und der Evangelische Arbeitskreis haben Veranlassung, ihrer an diesem Tage dankbar zu gedenken.

Der frühere Leiter des Kirchenamtes der EKD, D. Erwin Wilkens, würdigt in einem Beitrag für die Familienrechtszeitschrift die Verdienste von Frau Dr. Schwarzhaupt im Bereich des Ehe- und Familienrechtes. Die folgenden Auszüge sind diesem Artikel entnommen:

„Ein großer Teil der Lebensarbeit von Elisabeth Schwarzhaupt ist in der Tradition und in der Fortführung der bürgerlichen und liberalen Frauenbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu sehen, zu deren Kennzeichnung am besten die Namen Helene Lange und Gertrud Bäumer ins Gedächtnis gerufen werden. Ziel der Frauenbewegung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war es, die durch die sozialen Umwälzungen längst anachronistisch gewordenen vielfältigen Rechtsnachteile der Frau zu überwinden, die allgemeine Anerkennung einer Gleichwertigkeit von Mann und Frau durchzusetzen, Bildung und Berufsausbildung wirksamer zu fördern sowie der Frau überhaupt die ihr zukommende Stellung in Ehe und Familie, Beruf und Gesellschaft, Kirche und Staat rechtlich und tatsächlich zu sichern ...

Die politische Arbeit von Frau Schwarzhaupt war nicht auf Frauenfragen und auf die zugehörigen besonderen Rechtsprobleme von Ehe und Familie beschränkt. Von 1961 bis 1966 gehörte sie als Bundesministerin dem Bundeskabinett an und leitete das Bundesministerium für Gesundheitswesen. Das Ministerium wurde eigens für sie eingerichtet, seine einzelnen Arbeitsgebiete und Abteilungen wurden aus anderen Ministerien herausgelöst, ein neues Kompetenzgefüge mußte geschaffen werden ...

Frau Schwarzhaupt hat in der erstmaligen Berufung einer Frau in das Bundeskabinett auch eine Fortentwicklung des Gleichheitsgrundsatzes gesehen. Ihre eigentliche Leistung in dieser Hinsicht besteht darin, daß sie die Vorbehalte gegenüber der Eignung einer Frau für hochrangige politische Aufgaben ad absurdum geführt hat. Darin hat sie einen Beitrag zu dem ihr vorschwebenden Fernziel gesehen, daß die Zusammenarbeit von Männern und Frauen an Sachaufgaben als Selbstverständlichkeit angesehen wird. Für diese Selbstverständlichkeit auch in der Politik hat sie Maßstäbe gesetzt. So kann sie ihren Lebensbericht mit dem schönen Satz schließen: „Mein Leben war nicht immer leicht, aber ich war in guter Hut.“

### Terminankündigung

## Islam und Christentum

Eine politische Herausforderung für unsere Gesellschaft.

Tagung für Theologiestudenten und interessierte Oberstufenschüler

24. bis 26. Januar 1986

Anmeldung und Informationen: Michael Lingenthal

Karl-Arnold-Bildungsstätte, Bonn-Bad Godesberg, Venner Straße 55, Telefon 0228/31 1091



Karl-Arnold-Stiftung

BILDUNGSSTÄTTE